

Antrag Nr. 14-F-33-0115

CDU und SPD

Betreff:

Gasbedarf und Versorgungssicherheit in Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.10.2014

Antragstext:

Deutschland ist in hohem Maße abhängig von Importen an Erdgas. Ein großer Anteil dieses Gases bezieht Deutschland aus Russland. Die jüngeren politischen Entwicklungen in Osteuropa haben erneut gezeigt, dass eine solche Abhängigkeit auch Risiken für die Versorgungssicherheit mit sich bringt. Die russische Regierung und der mehrheitlich staatseigene Gaskonzern Gazprom haben deutlich gemacht, dass sie bereit sind, dies als politisches Druckmittel einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung dargelegt, dass das deutsche Erdgasnetz über eine hohe mittelfristige Speicherkapazität verfüge und strategische Reserven verfügbar seien. Dies wird jedoch in den Medien zunehmend in Frage gestellt, insbesondere da sich inzwischen etwa ein Viertel der deutschen Gaslagerstätten in Besitz von Gazprom befindet.

ESWE-Versorgung versorgt in Wiesbaden und Umgebung über 50.000 Haushalte mit Gas. Insofern könnten Versorgungsengpässe auch Wiesbaden treffen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) wie er die Auswirkungen einer massiven Verknappung an Erdgas auf die Versorgungssicherheit in Wiesbaden einschätzt.
- b) ob, und wenn ja, über welche Reservebestände an Erdgas ESWE-Versorgung verfügt, sowie
- c) welche Möglichkeiten er sieht, mittelfristig die Abhängigkeiten von solchen Energieimporten zu verringern.

Wiesbaden, 29.10.2014

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Nadine Ruf
Fachsprecherin
(SPD-Fraktion)

Julian Prigge
Fraktionsreferent

Sven Bingel
Fraktionsreferent